

Leserbrief zum den bz-Artikeln „Osttangente: „Wut über fehlenden Lärmschutz“, 22. 3. 2019, Basel-Stadt, Seite 21 und „Politikversagen im Osten“, 26. 3. 19, Basel-Stadt, Seite 20

Der Anwohnerschaft platzt der Kragen

Ja, die Wellen der Empörung und des Zorns schlugen am Informationsabend des Bundesamts für Strassen (ASTRA) und des Tiefbauamts BS über den geplanten, absolut ungenügenden Lärmschutz an der Osttangente hoch. Denn immer wieder wurden in der Vergangenheit Hoffnungen geschürt, die jäh zerschlagen wurden: 2005 wurde ein imposantes Strassenlärmsanierungsprojekt mit griffigen Massnahmen in Bern eingereicht, welches im Zuge des Neuen Finanzausgleichs schubladisiert wurde. Mit der Präsentation des Rheintunnelprojekts 2014 gewann das Massnahmenpaket von 2005 wieder an Aktualität, wurde aber von den Behörden als veraltet, nicht mehr den heutigen technischen Anforderungen entsprechend abgetan. Gleichzeitig forderte die kantonale Regierung von der ASTRA, den „gesetzlichen Lärmschutz entlang der Osttangente rasch und vollständig umzusetzen“, an der eingangs erwähnten Veranstaltung wird jedoch das äusserst lückenhafte Lärmsanierungspaket frühestens 2022 in Aussicht gestellt. Die Forderung, auf der Stadtautobahn generell Tempo 60 einzuführen, was nachweislich den Lärm und Gestank reduzieren würde, wird vom ASTRA mit dem Argument, die Leistungsfähigkeit der Osttangente dürfe nicht beeinträchtigt werden, abgeschmettert. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass dem Bundesamt für Strassen der Verkehr wichtiger als die Gesundheit der Bevölkerung ist, hier ist er erbracht. Daniel Wiener trifft in seiner Kolumne den Nagel auf den Kopf: Das Ausrufen des Klimanotstands durch den Grossen Rat muss sich doch auf die Ausgestaltung dieser Dreckschleuder Osttangente niederschlagen.

Bruno Keller-Sprecher
Präsident Verein „Ausbau Osttangente – so nicht!“